

# Noch mehr Druck auf

Kleine und mittelständische Biounternehmen haben von TTIP vor allem eines zu erwarten: Dumping. Nicht nur, was die Preise anbelangt, sondern auch in puncto Umwelt- und Tierschutz. Der Wirtschaftsverband UnternehmensGrün rät deshalb, Landwirtschaft und Ernährung vom Abkommen auszunehmen.

VON KATHARINA REUTER

**D**erzeit wird das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA verhandelt. Doch was hat das mit der Biobranche zu tun und welche Auswirkungen wird das Abkommen auf die ökologischen Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland und in Europa haben?

Die vergleichsweise hohen Umwelt- und Sozialstandards in Europa sind wichtige Errungenschaften, die es unbedingt zu erhalten und zu erweitern gilt. Inzwischen belegen zahlreiche Studien, dass mit TTIP die europäischen Landwirte und Verarbeitungsbetriebe der Ernährungswirtschaft die Verlierer wären. Eine Studie des US-Agrarministeriums (Beckman et al., 2015) kommt in all ihren Szenarien zu dem Schluss, dass die amerikanische Landwirtschaft unter den Bedingungen des Freihandelsabkommens mehr Produkte nach Europa exportieren würde als die europäische Landwirtschaft in die

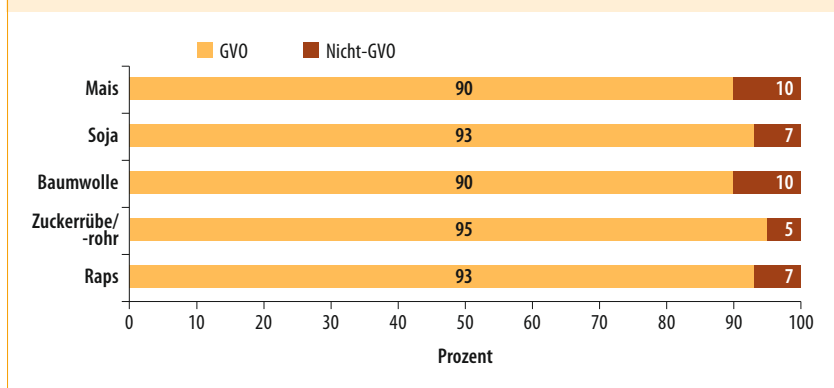
USA. Auch die Untersuchung im Auftrag des Europäischen Parlaments von 2014<sup>1</sup> weist nach, dass die landwirtschaftliche Wertschöpfung durch TTIP in Amerika steigen und in der EU sinken würde.

In einer Situation, in der ohnehin viele Landwirte in Deutschland und in Europa ihre Betriebe schließen müssen, ist das völlig unverantwortlich. Die EU hat gerade festgestellt, dass die Bauern in Deutschland im letzten Jahr mehr als ein Drittel (37,6 % je Arbeitsplatz) ihrer Einkünfte verloren haben, weil sie für Produkte wie Milch, Fleisch und Getreide kaum noch Geld bekommen.<sup>2</sup> Gleichzeitig zeigen die Daten der EU-Erhebung ein neues, in der Form kaum je da gewesenes Höfesterben. Die Öffnung des europäischen Marktes für Billigkonkurrenz aus den USA würde es drastisch beschleunigen.

Die aktuelle Studie des Bundesverbands der grünen Wirtschaft (UnternehmensGrün) „TTIP – Risiken für kleine und

mittlere Betriebe in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“<sup>3</sup> weist auf dieses Risiko hin. Denn die europäische Agrarwirtschaft ist durch einen größeren Anteil bäuerlicher Familienbetriebe und kleinere Betriebsgrößen strukturell ganz anders aufgestellt als die amerikanische Landwirtschaft und damit im Preiswettbewerb oft unterlegen. Außerdem exportieren Landwirte und Lebensmittelverarbeiter aus Europa kaum in die USA. Die überwältigende Mehrheit der Unternehmen in Europa hätte von TTIP dann vor allem zusätzliche Konkurrenz zu erwarten. Dass Produkte wie Getreide in den USA so billig sind wie nirgends sonst, liegt zu einem erheblichen Teil an den dortigen Standards, die beispielsweise den Einsatz von Gentechnik erlauben, und den hohen Grenzwerten für Pestizide.

**Abbildung: Anteile von gentechnisch veränderten (GVO) zu nicht veränderten Pflanzen in den USA**



Quelle: Banse, M., F. Isermeyer (2014): TTIP – Implications for European Farmers – Pig, Poultry and Dairy. Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig

# Preise und Standards?

Die UnternehmensGrün-Studie zeigt, dass TTIP die erweiterte Kennzeichnung von Gentechnikprodukten erschweren würde. Denn die USA machen seit 1986 keinen Unterschied zwischen Produkten aus konventionellen und gentechnisch veränderten Organismen (GVO), die genveränderten Pflanzen dominieren den Anbau von Mais, Soja, Zuckerrübe und Raps zu 90 bis 95 Prozent (siehe Abbildung). Auch Joachim Weckmann, Gründer und Geschäftsführer der Märkisches Landbrot GmbH, warnt: „Sollte die Gentechnikfreiheit vom Mainstream zur Nische werden, werden weiter gentechnikfrei produzierende Landwirte überproportional mit den Kosten von Warentrennung und -reinhaltung belastet beziehungsweise aus dem Markt gedrängt.“

## Erzeuger unter Druck

Eine weitere Öffnung des Marktes für Rindfleisch durch den Abbau der EU-Standards könnte für spezialisierte Landwirte existenzbedrohend werden. Nennenswerte Exportchancen in die USA eröffnen sich bei Fleischerzeugnissen nicht. Bei Geflügel- und Schweinefleisch gehört die EU zu den weltweit größten Exporteuren, die hiesigen Rindfleischproduzenten gelten als kaum wettbewerbsfähig. Die amerikanische Rindfleischproduktion hat enorme Größenvorteile, sie arbeitet

besonders in der Mastphase mit voll mechanisierten Großanlagen mit teilweise über 100 000 Rindern. Aber auch in der amerikanischen Geflügelindustrie werden die Anlagen immer größer und damit kosteneffizienter. Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) erwarten laut offizieller Verlautbarungen ein „agrarindustrielles Tierchutz- und Umweltdumping“ durch TTIP und plädieren dafür, Fleischerzeugnisse ganz aus TTIP herauszunehmen.

Die erlaubten Rückstände von Pestiziden in Lebensmitteln sind in den USA in Obst und Gemüse teils 500-mal so hoch wie in der EU. Durch TTIP ist hier eine Angleichung zu erwarten, denn der Kompromissvorschlag der EU, den Codex Alimentarius<sup>4</sup> zugrunde zu legen, bedeutet eine Schwächung der europäischen Standards. Für kleinere milchviehhaltende Betriebe ist eine stärkere Exportorientierung keine Lösung. Ein verschärfter Preis- und Kostendruck durch einen liberalisierten transatlantischen Milchmarkt verschärft deren Existenzgefährdung.

## Biobetriebe problembewusster

Insgesamt ist der Informationsstand zu TTIP bei kleinen und mittleren Unternehmen gering. Ein Grund dafür ist, dass die Themen für Praktiker sehr abstrakt wirken und die Folgen ▷



Hierzulande Rindfleisch zu produzieren, ist jetzt schon schwierig. TTIP könnte für spezialisierte Höfe das Aus bedeuten.

## Vorsorge- versus Nachsorgeprinzip

Ein Unternehmen in Europa muss aufzeigen, dass seine Produkte unbedenklich sind, um sie vermarkten zu dürfen (Vorsorgeprinzip). In den USA gilt hingegen das Nachsorgeprinzip. Dort gibt es keine Test- und Zertifizierungsverfahren, bevor ein Produkt auf den Markt kommt. Erst wenn die Schädlichkeit eines Produkts nachgewiesen werden konnte, greift der Verbraucherschutz. Dann drohen den Unternehmen bisweilen hohe Schadenersatzklagen. Es wird angenommen, dass das bei allen Zulassungsverfahren zugrunde liegende europäische Vorsorgeprinzip als Handelshemmnis im Rahmen von TTIP aufgeweicht werden soll.

für einzelne Bereiche und Themen schwer zu diskutieren sind. Eine Meinungsbildung hat zum Beispiel bei den meisten Mitgliedern der landwirtschaftlichen Verbände noch gar nicht stattgefunden. Dabei ist das Problembewusstsein unter den Biobetrieben etwas größer als unter den konventionellen. Darüber hinaus gibt es weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene sektorspezifische Untersuchungen zu den Auswirkungen von TTIP auf Unternehmen, die nicht exportorientiert wirtschaften.

Angesichts der globalen Herausforderungen wären bi- und multilaterale (Handels-)Abkommen wichtig – nur mit anderen Schwerpunkten. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstandsvorsitzender des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) fordert, dass durch solche Abkommen nicht nur diejenigen im internationalen Handel Vorteile haben, die mit den niedrigsten Standards arbeiten und den größten Teil ihrer Produktionskosten externalisieren. Bestehende Regelungen wie das Bio-Äquivalenzabkommen zwischen den USA und der EU zeigten, dass auch alternative Mechanismen verankert werden können. Dies würde einem der Partner erlauben, seine höheren Standards zur Importvoraussetzung zu machen. Ein Pionier der Biobranche, Ulrich Walter (Ulrich Walter GmbH/Lebensbaum), ist einer der Initiatoren der Wirtschaftsinitiative „Kleine und mittlere Unternehmen gegen TTIP“.<sup>5</sup> Er befürchtet neben dem Abbau von Umwelt- und

1 abrufbar unter <http://kurzlink.de/EU-Studie>

2 abrufbar unter <http://kurzlink.de/Realeinkommen>

3 erhältlich unter <http://kurzlink.de/TTIP-Studie>

4 Der **Codex Alimentarius** bündelt Normen für die Lebensmittelsicherheit und -produktqualität, die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erstmals 1963 herausgegeben wurden.

5 [www.kmu-gegen-ttip.de](http://www.kmu-gegen-ttip.de)

6 Für die UnternehmensGrün-Studie wurden 21 Unternehmen aus vier Teilssektoren (Fleisch, Milch, Getreide, Obst/Gemüse) befragt. Die Auswahl der Betriebe erfolgte unterteilt nach Urproduktion, erster und zweiter Verarbeitungsstufe. Die Hälfte der befragten Unternehmen waren Biobetriebe. Zwölf zusätzliche Gespräche wurden mit Verbandsvertretern und weiteren Unternehmen durchgeführt.

7 Das National Organic Program (NOP) des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums zertifiziert Bioprodukte für den US-amerikanischen Markt.

Sozialstandards, dass Schiedsverfahren für ausländische Investoren mittelfristig gesetzliche Standards aushöhlen werden und dass die biologische Diversität und die Vielfalt im Lebensmittelangebot in Gefahr geraten.

## Landwirtschaft raus aus TTIP

Im Rahmen der UnternehmensGrün-Studie ging aus Interviews mit Unternehmen<sup>6</sup> hervor, dass TTIP an den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen vorbeigeht. Wenn Export ein Unternehmensziel ist, wird dieser bereits umgesetzt. Viele der existierenden Hemmnisse werde TTIP nicht beheben, so die Befragten. Für Kirsten Böhmann, Geschäftsführerin der NOP<sup>7</sup>-zertifizierten Gläsernen Molkerei, ist ein Abkommen wie TTIP nicht unbedingt ausschlaggebend für einen US-Export: „Die Handelsbarrieren werden immer noch da sein, beispielsweise in den Bereichen Vertriebsstruktur, Logistik und Transport. Für den Mittelstand bleibt der US-Export ohnehin ein größeres Vorhaben – egal in welcher Branche.“

In der Biobranche konzentrieren sich viele der kleinen und mittleren Betriebe auf heimische Märkte. Diese Ausrichtung wird fatalerweise völlig außer Acht gelassen, wenn Handel als Allheilmittel gepredigt wird. Und wie die EU insbesondere die mittelständische Landwirtschaft und Verarbeitungsbetriebe in der Ernährungsbranche vor der amerikanischen Konkurrenz langfristig schützen will, ist bisher völlig unklar.

Die Handlungsempfehlung von UnternehmensGrün an die Politik lautet deshalb: Die Sektoren Landwirtschaft und Ernährung müssen aus TTIP herausgenommen werden. Einerseits ist das aufgrund unterschiedlicher Strukturen dies- und jenseits des Atlantiks notwendig, wie Betriebsgrößen, Rationalisierung, Grad der Diversifizierung oder Niveau der Standards. Andererseits stehen sich das Vorsorge- und das Nachsorgeprinzip (siehe Kasten) als bestimmende Grundsätze beim Verbraucherschutz diametral entgegen. □

## Literatur

- » Beckman, J. et al. (2015): *Agriculture in the transatlantic trade an investment partnership: tariffs, tariff-rate quotas, and non-tariff measures*. Abrufbar unter <http://kurzlink.de/USDA>



**DR. KATHARINA REUTER**

Geschäftsführerin, UnternehmensGrün – Bundesverband der grünen Wirtschaft, Berlin, [reuter@unternehmensgruen.de](mailto:reuter@unternehmensgruen.de)